

An die
Eltern der Reutlinger Schulen

Betr.: Diskussion über den Bau eines dreizügigen Gymnasiums in Reutlingen in Trägerschaft der evangelischen Schulstiftung mit einem diakonischen Profil

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Eltern,

auf Grund der Information des Gesamtelternbeirats an die Eltern Reutlinger Schulen über die Schulentwicklung im gymnasialen Bereich erreichen die SPD-Fraktion zahlreiche Anfragen. In dem nachfolgenden Schreiben nehmen wir zu den aufgeworfenen Fragen Stellung.

Zur Demokratie gehört selbstverständlich die Diskussion. Die SPD-Fraktion hat mit Vertretern des Gesamtelternbeirats ausführlich diskutiert. Deshalb nehmen wir Stellung. Wir würden uns freuen, wenn unsere Argumentationen den angesprochenen Personenkreis der Eltern auf den von Ihnen gewählten Wegen ebenfalls erreichen können.

Stellungnahme der SPD-Gemeinderatsfraktion zur gymnasialen Schulentwicklung in Reutlingen

Die Haushaltssituation der Stadt Reutlingen ist dramatisch. Der Haushaltsplan 2022 und 2023 wurde vom Regierungspräsidium abgelehnt. Es wurden Auflagen zur Begrenzung der Ausgaben im Finanzhaushalt und zur Erwirtschaftung der gesetzlich vorgeschriebenen Zuführung aus dem Ergebnishaushalt zur Finanzierung der Investitionen im Finanzhaushalt gemacht. Teil des Haushalts ist die 9-monatige Wiederbesetzungssperre - eine Ungeheuerlichkeit, außerdem die zweistellige Millionenausschüttung aus dem Vermögen der GWG mit Steuerzahlungen in Millionenhöhe – dies schadet der Finanzierung der Wohnbauoffensive, welche Reutlingen dringend braucht. Die Anhebung der Hebesätze der Realsteuern konnten wir in diesem Zusammenhang durchsetzen.

Deshalb sind 18 Schulbausanierungsprojekte, Schulbauerweiterungen und andere Schulinvestitionen verschoben. Im laufenden Jahr musste die eingeplante Investition zum Ausbau der Oberstufe der Gemeinschaftsschule ausgesetzt werden, um die Gesetzmäßigkeit des Haushalts zu erhalten. Im Kinderbetreuungsbereich stehen viele Investitionen an, die noch nicht durchfinanziert sind.

Die Schulentwicklungsplanung hat ergeben, dass in Reutlingen wie in anderen Städten auch die Übergangsquote in die Gymnasien steigt. Es fehlen mittelfristig 7 Züge. Gegenüber dem Bauzustand werden die Schulen derzeit mit 3 Zügen mehr belegt. Deshalb ist eine Erweiterung von drei Gymnasien oder ein Neubau eines weiteren Gymnasiums notwendig.

Für diese Investition fehlen der Stadt die Mittel. Auch in 5 Jahren wird diese Situation noch nicht gänzlich anders sein. Sollten wir die Gymnasien erweitern, dann müssten wir mit Auflagen durch das Regierungspräsidium zur Begrenzung der Investitionen in anderen Bereichen rechnen. Trotz der restriktiven Ausgabenpolitik steigen die Schulden der Stadt so an, dass sie sich in wenigen Jahren verdoppelt haben werden.

Ursache dieser Situation sind mehrere Bedingungen:

1. Durch den Strukturwandel hat Reutlingen kaum starke Gewerbesteuerzahler. Nach wie vor ist Reutlingen eine Industriestadt. Die Industrie ist jedoch nicht ertragsstark bei der Gewerbesteuer. Dazu müssten wir mehr industrienahen Dienstleister haben. Die Gewerbesteuereinnahmen reichen bei weitem nicht an die vergleichbarer Städte heran.
2. Reutlingen hat im Vergleich mit anderen ähnlich großen Städten zu wenig Gewerbeflächen. Das liegt zum einen daran, dass im Strukturwandel Gewerbeflächen verloren gegangen sind und jetzt z.B. dort ein neues Landratsamt gebaut wird oder dass kleine Flächen zu Wohnbaugebieten wurden.
3. Reutlingen hat einen großen sozialen Bereich mit den diakonischen Einrichtungen. Das gibt zwar viel Beschäftigung, jedoch kaum Gewerbesteuer.
4. Reutlingen ist die einzige Großstadt Baden-Württembergs, die kein Stadtkreis ist. So zahlen wir die Kreisumlage in Höhe von 63 Mio. Euro pro Jahr und finanzieren damit für den ländlichen Bereich des Kreises mit. Als Stadtkreis würden wir höhere Finanzausgleichseinnahmen erhalten, welche unsere Situation deutlich besser stellen würde.
5. Reutlingen hat die Ausgaben einer Großstadt. Wir brauchen einen Stadtbus wie eine Großstadt und müssen diesen derzeit selber bezahlen. 11 Mio. Zuschuss stehen dafür jedes Jahr im Stadthaushalt. Gleiches gilt für viele Ausgaben wie z.B. für die Jugend.

Aus dieser Situation ergibt sich, dass Reutlingen den Schulhausbau, ob neues Gymnasium oder Erweiterungsbauten jetzt und in den nächsten Jahren nicht bezahlen kann. Früher hat das Land bei der Förderung des Schulbaus die Räume betrachtet, welche fehlen. Jetzt berechnet das Land die vorhandenen Flächen und kommt so zu höheren Zahlen. Das Ergebnis ist, dass die Schulbauweiterungen in Reutlingen vom Land mit Null Euro gefördert würden. Wir müssten also die Erweiterungsbauten selber bezahlen.

In dieser Situation ist der Neubau eines Gymnasiums durch einen anderen Träger die einzige Möglichkeit, um überhaupt bauen zu können.

Die evangelische Schulstiftung ist bereit, ein dreizügiges Gymnasium zu bauen. In dem entworfenen Vertrag bezahlt die Stadt die notwendigen Betriebskosten neben der staatlichen Förderung für die Privatschule. Die von Herrn Straub angestellte Rechnung haben wir im Gemeinderat zur Überprüfung durch die Verwaltung hinterfragt. Die SPD hat dazu einen Antrag gestellt. Die Antworten der Stadtverwaltung belegen aus unserer Sicht eindeutig, dass Herr Straub keine richtige Rechnung aufgemacht hat. Er hat vermutlich bei den Schülerzahlen eine falsche Rechnung angestellt. Seine Rechnung ist statisch. Eine dynamische Rechnung ist erforderlich, da die Wirtschaftlichkeit über den Zeitraum von 60 Jahren verschiedenen Schwankungen unterliegt, welche eingerechnet werden müssen. So spielt die Inflation eine große Rolle. Auch unter diesen Gesichtspunkten ist es wirtschaftlicher für die Stadt, wenn die Schulstiftung baut. Allerdings muss der Vertrag nach 30 Jahren überprüft werden. Es können Veränderungen eintreten, welche Vertragsänderungen nötig machen. Teil des Vertrags ist auch, dass am Ende der Laufzeit die Schule der Stadt Reutlingen gehört.

Dabei muss grundsätzlich gesehen werden, dass die Stadt gar nicht selber bauen könnte. Die Wirtschaftlichkeit ist also eine Annahme bei vorhandener Finanzkraft. Und die Behauptung, dass der Bau eines weiteren Gymnasiums zu Lasten der Sanierung der vorhandenen Schulen gehen würde, ist durch nichts belegt. Über die Reihenfolge der Baumaßnahmen entscheidet der Gemeinderat.

Nun gibt es den Vorwurf der Auswahl der Schülerschaft, weil die private Schule vor dem Stichtag die Anmeldung machen will.

Hierzu zitiere ich die Vorlage der Verwaltung:

„Wie bereits nach dem ersten Austausch festgestellt, hat auch die zweite Diskussionsrunde gezeigt, dass die Reutlinger weiterführenden Schulen die Sorge treibt, dass durch ein privates Gymnasium ein Ungleichgewicht in der Reutlinger Schullandschaft entsteht. Unstrittig ist, dass die Erhebung von Schulgeld in Verbindung mit einer kirchlichen Trägerschaft zwar ausschließende Wirkungen entwickeln, diese aber einerseits grundgesetzlich geschützt sind und andererseits im Rahmen des Sonderungsverbots (Anlage 2) begrenzt werden.

Trotz der ausführlichen Information über die Genese der ESS (Bildungsangebote für bildungsferne Kinder im ländlichen Raum) und ihrem eigenen Anspruch, die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Schülerschaft zu repräsentieren, was unter anderem dadurch zum Ausdruck kommt, dass alle Schulen der ESS als Ganztagschulen geführt werden und den detaillierten Ausführungen zum Sonderungsverbot konnte den Schulen die Befürchtung einer über den gesetzlich zulässigen Bereich hinausgehenden ausschließenden Wirkung nicht genommen werden. Zudem besteht die Sorge, dass eine neu gebaute Schule gegenüber den Bestandsschulen attraktiver ist.

Die Sorge vor dem Verlust der gewünschten oder der Verschlechterung der aktuellen Heterogenität in der Zusammensetzung der Schüler/innen überwiegt nach wie vor. Hier sehen insbesondere die Gemeinschaftsschulen und die Realschule eine Gefahr, weil sie ohnehin deutlich höhere Anteile an bildungsfernen Elternhäusern haben, als die Gymnasien. Viele Argumente richten sich dabei allerdings nicht an die ESS, als vielmehr gegen das private Schulwesen an sich.“ (Zitatende)

Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass auch zwischen den staatlichen Schulen ein Wettbewerb besteht, welcher bestimmte Schüler benachteiligt. Die Eltern üben diese Veränderung der Schülerschaften der Schulen aus indem sie ihre Kinder bei bestimmten Schulen weniger oder mehr anmelden. So gibt es Schulen, welche von bildungsnahen Eltern gemieden werden, weil die Sozialstruktur ihnen nicht zusagt. Und es gibt Schulen, welche ein derzeit gutes attraktives Angebot machen, dass der Zuspruch der Eltern größer als das Einzugsgebiet ist.

Wir meinen, dass es auf die Pädagogik ankommt. Schulen brauchen ein Profil. Die Schulen sind für die Schüler da und nicht die Schüler für die Schule.

Wenn deshalb die Direktoren der Gymnasien anbieten, für eine begrenzte Zeit eine Überlast an Schülern aufzunehmen, dann finden wir das eine fatale Haltung. Es soll den Schülern zugemutet werden, in Wanderklassen oder in zu großen Klassen zu arbeiten. Wie soll denn da die Förderung der Schüler besser werden? Ganz abgesehen davon, dass die Annahme, diese Zeit sei kurz und dauere vielleicht 5 Jahre, nicht realistisch ist. Vielmehr würde dies bei steigenden Schülerzahlen in eine Sackgasse führen.

Wir meinen, dass sich die Schulen an ihren Schülern orientieren müssen. In Reutlingen werden in den Gymnasien viel zu viele Schüler abgeschult. So verlassen zu viele Schüler während der gesamten Schulzeit die Gymnasien und erreichen nicht das Abitur, viel mehr als in anderen Städten. Es wird zu wenig nach den Schülern geschaut.

Und da wäre ein neues Gymnasium eine große Konkurrenz. Es ist neu mit seinem Konzept. Es ist eine Ganztageschule. Und wir meinen, dass es jetzt an der Zeit ist, dass sich die Schulen selber überprüfen und nicht nur daran denken, dass bestimmte Schüler keine Bereicherung sind. Der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund wird als Ursache für Schwierigkeiten angesehen. Das empfinden wir als Ungeheuerlichkeit. Migrationshintergrund ist doch kein Makel. Das sollte eine Herausforderung sein mit der man mit passendem Angebot umgehen muss.

Freilich sind bilinguale Züge, also Englisch und Deutsch in Sachfächern, für manche Kinder schwieriger. Es geht aber darum, dass die Schulen sich nach ihren Schülern richten müssen und nicht nach ihrer eigenen Bildungsvorstellung.

Das Geld darf kein Hinderungsgrund sein. Hierfür wird das private Gymnasium jedoch eine Lösung schaffen, wie dies z.B. die Waldorfschule auch macht. Es gibt dort auch Schüler, die gar nichts bezahlen.

Deshalb fordern wir, dass die derzeitige Diskussion versachlicht wird und dass nicht mit Vorurteilen gearbeitet wird. Staatliche Schulen sind nicht besser! Gute Schulen werden von guten Konzepten und guten Kollegien gemacht.

Nötig ist eine gute Lehrerausstattung und eine gute Schulausstattung. Das Land muss mehr Lehrer einstellen. Die Stadt muss ihr Geld in gute Schulausstattung stecken.

Die SPD-Fraktion fordert von den Schulen mehr Engagement. Bestes Beispiel war die Jos-Weiß-Schule, eine Schule mit teils schwierigem sozialem Umfeld. Sie war vom Konzept als Ganztagesesschule und mit ihrer Pädagogik so gut, dass die Anmeldungen die Möglichkeiten überstiegen und eine Begrenzung durchgeführt werden musste. Solche Schulen wünschen wir uns, in denen die Kinder mit Migrationshintergrund nicht als Problem sondern als Chance und Herausforderung angesehen werden.

Und eine platte Kirchenkritik kann schon gar kein Argument sein. Die Schule folgt dem Bildungsplan und unterliegt der Staatlichen Schulaufsicht. Dort muss es ebenso möglich sein, seine eigene religiöse Auffassung zu leben. Unser Ortsvereinsvorsitzender Mert Akkeceli war in der Waldorfschule, eine Privatschule, und er ist Muslim.

Vielen Dank für die Möglichkeit, das Thema einmal ausführlich beleuchten zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Treutlein